

Tomasz Stryjek

ORCID: 0000-0002-9137-7537  
DOI: 10.24425/historie.2023.148133

## Die Rückkehr der „schwierigen Fragen“. Ist ein polnisch- ukrainischer Dialog über die gemeinsame Geschichte noch möglich?<sup>1</sup>

Die Ergebnisse einer 2009 durchgeführten Umfrage<sup>2</sup> zu den Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg im heutigen Polen waren äußerst überraschend. Menschen ukrainischer Nationalität erschienen in den Familienüberlieferungen von Begegnungen mit Nicht-Polen während des Krieges sieben Mal häufiger in negativen als in positiven Zusammenhängen (63,8 % zu 9,2 %). Ähnlich, aber doch zumindest etwas „günstiger“ fiel das Verhältnis hinsichtlich der Kontakte mit Deutschen (62,6 % zu 10,6 %) und Russen (57 % zu 10 %) aus, ganz anders hingegen im Falle von Kontakten mit Juden und Engländern, nach denen auch gefragt wurde. Hier überstieg die Anzahl positiver Erinnerungen um ein Vielfaches die der negativen. Erinnerungen irgendeiner Art an Kontakte mit ukrainischen Menschen gab es in 14,7 % der Familien aller befragten Personen, was bedeutet, dass in knapp einem Zehntel von ihnen, die ältere Generation in negativen Zusammenhängen von

---

<sup>1</sup> Der folgende Artikel erschien auf Polnisch in der Zeitschrift *Przegląd Polityczny* 106/2011, S. 171-176, als ein Beitrag zur Diskussion um das Buch *Od rzezi wołyńskiej do akcji „Wisła“*. *Konflikt polsko-ukraiński 1943-1947* von Grzegorz Motyka (Warszawa 2011). Der Anlass für die Übersetzung und erneute Publikation, ist das Erscheinen der englischsprachigen Ausgabe: ders., *From the Volhynian massacre to Operation Vistula. The Polish-Ukrainian conflict 1943-1947*, Paderborn 2023.

<sup>2</sup> Durchgeführt 2009 vom Instytut Pentor im Auftrag des Museums des Zweiten Weltkriegs in Danzig (Muzeum II Wojny Światowej w Gdańsku) – Ergebnisse auf: <https://muzeum1939.pl/wyniki-badan-na-temat-pamieci-polakow-o-ii-wojnie-swiatowej/aktualnosci/529.html> (30.7.2023).

an Kriegsereignissen beteiligten Ukrainern erzählt hat. Kontakte zu Deutschen und Russen wurden in 48,7% beziehungsweise 40,8 % der erfassten Familienüberlieferungen erwähnt, was bedeutet, dass in ungefähr einem Drittel beziehungsweise einem Viertel der polnischen Haushalte von negativen Erfahrungen mit Menschen dieser Nationalitäten berichtet wurde. Angesichts dieser Ergebnisse kann davon gesprochen werden, dass der ukrainischen Nation in der gegenwärtigen polnischen Erinnerung der dritte Platz unter den Verursachern negativer Erfahrungen im Krieg zukommt.

Die Rolle von Ukrainern in den polnischen Erinnerungen an den Krieg verdeutlichen auch die in der Umfrage erhobenen Antworten auf die Frage, wie das Ausmaß der Leiden und Opfer verschiedener Nationen in der Zeit zwischen 1939 und 1945 bewertet wird. Zu denen, deren Leiden „groß“ oder „sehr groß“ gewesen sei, wurden die Ukrainer von 38,9 % der Befragten gezählt. Sie kamen damit erst auf den siebenten Platz – nach den Polen selbst (93,4 %) sowie Juden (92,2 %), Russen (69,9 %), Deutschen (64 %), Sinti und Roma (53,2 %) und Japanern (41,9 %). Zu denken geben hier nicht nur die Ergebnisse hinsichtlich der ukrainischen, sondern auch hinsichtlich der deutschen Bevölkerung. Im Falle der Deutschen lässt sich davon sprechen, dass sich seit dem Krieg eine gewisse Verbesserung ihres Bildes ergeben hat, wozu die unmittelbaren Kontakte zwischen beiden Nationen während der letzten zwei Jahrzehnte sicher beigetragen haben. Die Bewertung der Ukrainer ist vor allem auf die Überzeugung der heutigen polnischen Bevölkerung zurückzuführen, wer Opfer der Verbrechen in Wolhynien und Ostgalizien war und wer die Verantwortung für den Ausbruch des damaligen polnisch-ukrainischen Konfliktes trägt. Auf die erste Frage haben in der besagten Umfrage 61 % der Befragten mit „die Polen“ geantwortet (38,3 % mit „Polen und Ukrainer“, 6,9 % mit „Ukrainer“), auf die zweite antworteten 74,6 % mit „UPA“ (Ukrajins’ka povstans’ka armija – Ukrainische Aufständische Armee), „ukrainische Nationalisten“ oder „Ukrainer“ (11,9 % mit „Polen und Ukrainer“). Zwei Jahrzehnte nach dem Untergang des kommunistischen Regimes hatte mehr als die Hälfte der Befragten (56,6 %) irgendeine Kenntnis von dem polnisch-ukrainischen Konflikt der Jahre 1939 bis 1945.<sup>3</sup> Dies lässt sich vor allem auf die Tätigkeit von Bildungs-

<sup>3</sup> Eine soziologische Analyse der Umfrageergebnisse s. Lech M. Nijakowski, *Pamięć o II wojnie światowej, a relacje Polaków z innymi narodami*, in: Piotr T. Kwiatkowski, Lech M. Nijakowski, Barbara Szacka und Andrzej Szpociński,

und Forschungsinstituten, auf öffentliche Debatten und auf die Aktivitäten der Vereinigungen von Flüchtlingen aus dem Südosten der Zweiten Polnischen Republik zurückführen, aber nicht zuletzt auch auf die Aussagen öffentlicher Amtsträger bei Gedenkveranstaltungen anlässlich von Jahrestagen wie derjenigen am 11. Juli 2003 zum 60. Jahrestag des Höhepunktes antipolnischer Aktivitäten der Ukrainischen Aufständischen Armee in Wolhynien. Vor 1989 hatten nur 14,7 % der Polen – ausschließlich über innerfamiliäre Überlieferung – Kenntnis von diesem Thema. Bis zu jener Zeit war es in der Volksrepublik Polen nur erlaubt, die für die polnisch-ukrainischen Beziehungen belastenden Ereignisse der Jahre 1945-1947 auf dem Gebiet des heutigen Polens zu thematisieren, also diejenigen, die sich bereits nach Ende des Zweiten Weltkrieges zugezogen hatten. Auch das übrigens nicht, um zu informieren, sondern aus propagandistisch-ideologischen Gründen. Anscheinend waren also jene, die sich darum bemühten, die Erinnerungen an die Erlebnisse der polnischen Bevölkerung Wolhyniens und Ostgaliziens zu bewahren, recht erfolgreich. Das in populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen, Presse und audiovisuellen Medien präsentierte Bild von der polnischen Bevölkerung in den östlichen Randgebieten Polens als Opfer ukrainischer Verbrechen hat sich bereits in hohem Maße in der öffentlichen Meinung verfestigt. Gegenstand der öffentlichen Debatte in Polen ist gegenwärtig nicht mehr die Zuweisung der Verantwortung für die Verbrechen, sondern deren rechtliche Einordnung sowie die Frage, ob der polnische Staat von der Ukraine auf politischer Ebene eine Wiedergutmachung für die Opfer fordern sollte.

Für die juristische Einschätzung der von der UPA an Polen begangenen Verbrechen als Völkermord spricht sich unter anderem der Historiker Grzegorz Motyka aus, der viele Jahre seiner wissenschaftlichen Arbeit der Erforschung der polnisch-ukrainischen Beziehungen sowie des ukrainischen Unabhängigkeitskampfes in den 1930er und 1950er Jahren gewidmet und soeben ein weiteres Buch zu dieser Thematik veröffentlicht hat.<sup>4</sup> Von seinen vorhergehenden

---

*Między codziennością a wielką historią. Druga wojna światowa w pamięci zbiorowej społeczeństwa polskiego*, Gdańsk/Warszawa 2010, S. 239-286.

<sup>4</sup> Grzegorz Motyka, *Od rzezi wołyńskiej do akcji „Wisła”. Konflikt polsko-ukraiński 1943-1947*, Kraków 2011. Vgl. auch ders., *Tak było w Bieszczadach. Walki polsko-ukraińskie 1943-1948*, Warszawa 1999 und ders., *Ukraińska partyzantka 1942-1960. Działalność Organizacji Ukraińskich Nacjonalistów i Ukraińskiej Powstańczej Armii*, Warszawa 2006.

Publikationen unterscheidet es sich nicht nur dadurch, dass es eine Zusammenfassung der Ergebnisse und Überlegungen des Autors zum polnisch-ukrainischen Konflikt in den Jahren 1943-1947 enthält, sondern besonders dadurch, dass es für ein breites Lesepublikum verfasst ist, das selten zu akademischen Abhandlungen greift. Diesen Kreisen standen bisher nur Publikationen zur Verfügung, die nicht auf gründlicher Quellenauswertung beruhen, nur bestimmte Quellen (meist Erinnerungen) behandeln oder sich unprofessionellerweise einzig auf Quellen stützen, die von polnischen Opfern stammen und stark emotional gefärbt sind. Berücksichtigt man die Kompetenz des Autors, die Sorgfalt seiner Darstellung, seine wohlüberlegte Art der Formulierung von Urteilen und seine Bezugnahme auf andere Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts, wird klar, dass das hier besprochene Buch von grundlegender Bedeutung für die polnisch-ukrainischen Beziehungen ist. Denn auf diesen lasten noch immer die von der Geschichtsschreibung nicht ausdiskutierten strittigen Fragen zu den Jahren 1939-1947 sowie die nicht aufgearbeiteten Erinnerungen der Opfer selbst.

Für diejenigen, die sich nicht mühevoll mit den Definitionen bestimmter Begriffe vertraut gemacht haben (wozu leider die Mehrheit derjenigen zählt, die sich zum Thema des polnisch-ukrainischen Konfliktes in beiden Ländern zu Wort melden), klingen vermutlich alle Stimmen, die sich für die Anerkennung bestimmter Ereignisse als Völkermord aussprechen, gleich. Aber die Position von Grzegorz Motyka zur Ermordung der polnischen Bevölkerung von Wolhynien und Ostgalizien 1943 und 1944 sowie hinsichtlich der gesamten Abfolge der Auseinandersetzungen zwischen Polen und Ukrainern von 1939 bis 1947 ist außergewöhnlich – sowohl in der Geschichtswissenschaft als auch in der öffentlichen Debatte beiderseits des polnisch-ukrainischen Grenzflusses Bug. Ein Grund dafür ist, dass Motyka die Hintergründe der von den Konfliktteilnehmern getroffenen Entscheidungen nicht nur mit Blick auf politische und militärische Veränderungen, sondern auch hinsichtlich ihrer ideologischen und soziokulturellen Voraussetzungen sowie in Hinblick auf die Entwicklung der internationalen Situation analysiert. Ein weiterer Grund ist die überzeugende Darlegung, dass es in den Jahren 1943-1947 auf dem Gebiet zwischen Prypjat, Sbrutsch, Karpaten und San nicht nur zum Völkermord an der polnischen Bevölkerung Wolhyniens und Galiziens gekommen sei, sondern – anschließend und im Rahmen einzelner Taten – auch zu von polnischen und ukrainischen Partisanen- und Militäreinheiten verüb-

ten Verbrechen, die rechtlich vermutlich (was durch weiterführende Forschungen noch überprüft werden müsste) ebenso oder zumindest ähnlich zu bewerten seien.

Diese Position des Autors hat dazu geführt, dass er von vielen, selten durch Erfahrungen mit historischer Forschung legitimierten „Kennern“ des Themas in Polen und in der Ukraine kritisiert und geradezu angefeindet wurde. In Polen geschah dies in verschiedener Form, zielte aber häufig auf die wissenschaftliche Diskreditierung von Motyka ab als jemand, der sich vom Wunsch nach einer falsch verstandenen politischen Partnerschaft zwischen den beiden Staaten leiten lasse oder einfach ein Sympathisant oder Agent ukrainischer Nationalisten sei. Dabei handelt es sich um Beschuldigungen, die selten von anderen Historikern geäußert wurden, sondern vor allem von Vertretern national gesinnter, an den östlichen Grenzgebieten des früheren Polens interessierter Kreise.<sup>5</sup> Da Motyka nicht nur die Verbrechen der UPA in den Blick nimmt, sondern auch die blutige Erwiderng durch polnische Selbstverteidigungskräfte, durch Einheiten der im Untergrund tätigen polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa, AK) sowie durch Polizisten aus deutschen Hilfsverbänden, wird er als Person angesehen, die durch den Versuch, die Last der Verantwortung irgendwie zwischen Polen und Ukrainern aufzuteilen, sowohl die Wahrheit als auch den Wiedergutmachungsanspruch der Opfer auf dem Altar polnisch-ukrainischer Versöhnung opfere. In diese „Logik“ fügt sich auch der gegen ihn gerichtete Vorwurf ein, die 1947 von der polnischen Regierung durchgeführte Aktion Weichsel (Akcja „Wisła“) anders als meist üblich zu beurteilen. Motykas Ansicht, dass die Liquidierung der letzten UPA-Einheiten im polnischen Südwesten ohne Anwendung des Prinzips der Kollektivschuld und ohne Umsiedlung aller Ukrainer und Lemken in die ehemals deutschen, sogenannten Wiedergewonnen Gebiete zu erreichen gewesen wäre, hinterfragt die Denkart jenes Teils der polnischen Bevölkerung, der den Konflikt schwarz-weiß sieht und meint, dass die Rolle von Opfern und Henkern in ihm strikt nach nationalen Kriterien verteilt werden kann.

Auf ukrainischer Seite hingegen kommt Kritik an den Aussagen Motykas nicht nur aus den Kreisen ehemaliger Kämpfer der

---

<sup>5</sup> Vgl. einen solchen Angriff auf den Autor auf der Website: <http://www.ivrozbiorpolski.pl/index.php?page=motyka> (31.7.2023).

UPA sowie von verschiedenen Verteidigern der Intentionen jener Organisationen der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung, die von den 1930er bis zu den 1950er Jahren aktiv waren, sondern auch von einigen Historikern. Selbst einige derjenigen, die sich von Berufs wegen mit der Epoche gut auskennen, werfen Motyka vor, dass er, der in Würdigung seiner Verdienste um die Wahrheitsfindung zu den Ereignissen von 1939-1947 und um den polnisch-ukrainischen Dialog 2009 mit dem Orden des Komitees für polnisch-ukrainische Aussöhnung ausgezeichnet wurde, nicht nach passenden Begriffen suche, wenn er die Aktivität der UPA in Wolhynien und Ostgalizien als Völkermord und ethnische Säuberung beschreibe, sondern sich von national gesinnten, an den ehemaligen östlichen Grenzländern Polens interessierten Kreisen erpressen lasse.

Seit Juli 2003, als die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung der Parlamente Polens und der Ukraine zu den Ereignissen von 1943-1947 von keiner Seite als zufriedenstellend empfunden wurde, ist die Debatte in beiden Ländern zunehmend unter den Einfluss derjenigen geraten, die sich als Verteidiger des Andenkens der Opfer allein der eigenen Nation verstehen. Dies hat dazu geführt, dass kompetente Aussagen darüber, was tatsächlich stattfand, die naturgemäß ebenso viele gesicherte Erkenntnisse wie Zweifel und Vorbehalte beinhalten, in den Hintergrund geraten und entsprechend der Logik des Kampfes um die Erinnerung als Handlungen im Interesse des jeweiligen Gegners interpretiert werden.

Motyka hat sich offensichtlich für eine Darlegung seines Wissens in populärer Form entschieden, um ein breites Lesepublikum mit der Botschaft zu erreichen, dass Historiker, Erinnerungsbewahrer, aber auch die Behörden des polnischen und ukrainischen Staates erst gut verstehen sollten, welches Verhalten beiden Seiten jeweils angelastet wird, bevor sie versuchen, Handlungen von politischen Gruppierungen und bewaffneten Formationen in den Jahren 1939-1947 nach ethischen Maßstäben zu bewerten. Aus dem vom Autor dargelegten Bild ergibt sich (zumindest für diejenigen, die in der historischen Forschung tätig sind), dass beide Seiten Verantwortung für den Ereignisablauf und auch für grausame Verbrechen trugen. Man kann jedoch (was selbst der historischen Forschung nicht allgemein bekannt war) das Ausmaß dieser Verantwortlichkeit so abwägen, dass eine generelle Gleichsetzung des einander zugefügten Unrechts, die einer wirklichen Aussöhnung

nicht dienlich wäre, vermieden wird. Letzteres war unmöglich, ohne Begriffe des heutigen Strafrechts zur Beschreibung einzelner auf den Gegner zielender Handlungen heranzuziehen. Motyka hat diese Begriffe nicht deshalb benutzt, um die Verbrechen der UPA an den Polen mit den nationalsozialistischen und stalinistischen Verbrechen gleichzusetzen, sondern um die Motive ihrer Durchführung besser verständlich zu machen.

Die wichtigsten Feststellungen und Bewertungen des Buches kann man in den folgenden Punkten zusammenfassen:

- Ursache dafür, dass die ukrainische Jugend sich in den 1930er Jahren in Richtung eines integralen Nationalismus radikalisierte, war vor allem die Entwicklung der internationalen Lage (der Druck des „Dritten Reiches“ auf die im System des Völkerbundes agierenden Länder und die antiukrainischen Repressionen in der UdSSR) sowie die Faszination für die von den Achsenmächten aufgezeigten Möglichkeiten der Mobilisierung. Zur Entstehung der Konfliktsituation in den südöstlichen Wojewodschaften der Zweiten Polnischen Republik trug auch bei, dass weder Staatsbehörden noch polnische Öffentlichkeit bereit waren, nach einer Kompromisslösung für das Zusammenleben der dominierenden Nation und der größten Minderheit zu suchen. Darüber hinaus gelang es dem polnischen Untergrund während des Krieges nicht, sich zu Zugeständnissen hinsichtlich der zukünftigen Ostgrenze (oder auch nur zu einer eindeutigen Verpflichtung zu einer Autonomie der mehrheitlich ukrainischen Landesteile Polens) durchzuringen, was den Konflikt noch weiter anheizte. Teile der nationaldemokratischen Kreise in Lemberg (Lwów/L'viv) planten sogar, nach dem Krieg Ukrainer in die UdSSR und nach Zentralpolen umzusiedeln.

- Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (Orhanizacija ukrajins'kych nacionalistiv, OUN) bekannte sich von den späten 1930er Jahren bis 1944 zu einer extrem nationalistischen und antikommunistischen Ideologie. Ihr Bezugspunkt waren die Organisationsstruktur und die Symbolik anderer Führerbewegungen des damaligen Europas, darunter der herrschenden Parteien der Achsenmächte. In der Publizistik ihrer Mitglieder fällt stark der Antisemitismus und eine allgemein feindselige Behandlung der Minderheiten in der Ukraine auf.

- Die in Lemberg am 30. Juni 1941 von Mitgliedern der OUN gebildete ukrainische Regierung verkündete ihren Beitritt zur von Hitler ausgerufenen „neuen Ordnung“ Osteuropas. Auf Grundlage von Dokumenten und Veröffentlichungen der OUN aus den Jahren 1940-1941 kann man mit ziemlicher Sicherheit schließen, dass diese Regierung (wenn sie nicht von den deutschen Besatzern aufgelöst worden wäre) gegenüber nationalen Minderheiten – Juden und Polen – eine ähnlich repressive Politik umgesetzt hätte wie die anderen von den Achsenmächten in besetzten Gebieten eingesetzten Regime.

- Es gibt zwar keine Beweise dafür, dass ukrainische Offiziere des auf deutscher Seite kämpfenden Bataillons „Nachtigall“ sowie Führer der OUN unmittelbare Verantwortung dafür tragen, dass sich ihre Untergebenen an den Judenpogromen in Ostgalizien vom Sommer 1941 beteiligten, aber es bestehen auch keine Zweifel daran, dass Mitglieder beider Organisationen damals individuell oder in Gruppen an antijüdischen Aktionen teilnahmen.

- Das Vorgehen der UPA gegen die polnische Bevölkerung in Wolhynien 1943 sollte im Kontext der Vorbereitungen gesehen werden, die diese Partisanentruppe für einen antideutschen Aufstand und für einen anschließenden Kampf gegen die Sowjetarmee traf. Allerdings hatte das Ziel der OUN – die Auslöschung der polnischen Bevölkerung – nicht nur strategische Gründe, sondern auch ideologische, die den Grundsätzen des integralen Nationalismus entsprangen.

- Das Vorgehen der UPA gegen die polnische Bevölkerung in Wolhynien 1943 war das Ergebnis einer von der zentralen Führung der OUN getroffenen Entscheidung. Allerdings war es die Führung der UPA-Nord in Wolhynien, die beschloss, den Plan, die regionale polnische Bevölkerung loszuwerden, nicht durch Erzwingung von deren Massenauswanderung umzusetzen, sondern durch ihre Ermordung.

- Das Vorgehen der UPA gegen die polnische Bevölkerung in Wolhynien 1943 war sowohl ethnische Säuberung als auch Völkermord. Polen wurde das Leben genommen, um Freiraum für die Operationen der ukrainischen Partisanen zu schaffen, aber auch um jedwede Bemühungen mit dem Ziel einer Rückkehr dieser Gebiete zu Polen unmöglich zu machen. Eventuell wäre es nicht zu



dieser Entscheidung gekommen, wenn es nicht das Beispiel der Deutschen mit der vollständigen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung gegeben hätte.

- Die Entscheidung, die polnische Bevölkerung in Wolhynien zu ermorden, wurde getroffen, bevor Polen in die deutsche Hilfspolizei eintraten, was später dann tatsächlich erfolgte. Diese Entscheidung lässt sich also nicht als Antwort auf eine deutsch-polnische Zusammenarbeit erklären. Das Vorgehen war auch keine Vergeltungsmaßnahme für von polnischen Einheiten begangene Morde an Ukrainern im Lubliner Land, denn zu diesen kam es in etwas größerem Umfang erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 – als das antipolnische Vorgehen in Wolhynien bereits seinen Höhepunkt überschritten hatte – und auch dann war das Ausmaß nicht vergleichbar. Von der Unvergleichbarkeit der sich gegenseitig zugefügten Verluste zeugt, dass insgesamt im Lubliner Land von 1942 bis 1943 nicht mehr als 600 Ukrainer ermordet wurden, während in Wolhynien allein 1943 mindestens 33.000 Polen ermordet wurden.

- Die Art des Vorgehens der UPA gegen die polnische Bevölkerung in Ostgalizien während des Sommers 1944 unterschied sich von der in Wolhynien. Die UPA kehrte hier zum ursprünglichen Konzept einer Vertreibung der polnischen Bevölkerung zurück. Die verübten Morde dienten dazu, durch Einschüchterung Widerstand zu unterbinden. Die Anzahl der Morde war aber so groß, dass auch dieses als ethnische Säuberung geplante Vorgehen das Ausmaß eines Völkermordes annahm.

- Die polnische Selbstverteidigung in Wolhynien und Ostgalizien führte in den Jahren 1943 bis 1944 nicht nur Verteidigungsmaßnahmen durch, sondern auch blutige Vergeltungsakte an der Zivilbevölkerung. Dies gilt ebenso für Einheiten der AK im Jahr 1944, auch wenn diese sich vor allem bemühten, die Aufgaben umzusetzen, die ihnen in der Planung der Aktion Burza zugedacht worden waren und die mit dem landesweiten Aufstand des polnischen Untergrundes zusammenhingen.

- Die Führung des polnischen Untergrundes im östlichen Lubliner Land leitete im Frühjahr 1944 Repressionsmaßnahmen ein gegen die ukrainische Zivilbevölkerung auf Grundlage des Prinzips der Kollektivschuld. Die ukrainische Seite hatte auch hier einen Angriff

auf die polnische Bevölkerung geplant. Letztendlich kam es zu langanhaltenden Partisanenkämpfen zwischen Einheiten der AK sowie den Bauernbataillonen (Bataliony Chłopskie) auf polnischer Seite und solchen der UPA auf ukrainischer, die sich auf einer „Front“ von fast 100 km Länge hinzogen.

- Die 1943 von der deutschen Führung angeordnete Bildung der SS-Division „Galizien“ traf auf starken Widerhall in der ukrainischen Bevölkerung, besonders in Galizien. Entgegen einer hartnäckigen Überzeugung der polnischen publizistische Öffentlichkeit hat aber die Division im August 1944 während des Warschauer Aufstands keine Verbrechen an der dortigen Bevölkerung verübt – sie wurde jedoch immer wieder mit den Ukrainern gleichgesetzt, die zur ebenfalls im Rahmen der deutschen Waffen-SS kämpfenden Russischen Nationalen Befreiungsarmee (RONA) gehörten. Das Verbrechen der Ermordung von Polen in Huta Pieniacka verübten 1944 wiederum ukrainische Soldaten des SS-Polizei-Regiments 4 (Freiwillige der Division, die von der deutschen Führung als deren Teil behandelt wurden).

- In den sowjetischen sogenannten Vernichtungsbataillonen (istrebitel'nye batalon'y), die 1944 hinter der Front eine Reihe blutiger Abrechnungen mit Partisanen und in Einzelfällen auch mit der ukrainischen Zivilbevölkerung durchführten, dienten auch Polen (darunter ehemalige Mitglieder der AK).

- Das geistliche Oberhaupt der griechisch-katholischen Ukrainer, Metropolit Andrej Scheptyzkyj (poln. Andrzej Szeptycki), verband zwar 1941 mit dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges die Hoffnungen, dass ein ukrainischer Staat aufgebaut werde, war aber rasch enttäuscht von der deutschen Besatzungspolitik. Zwischen 1942 und 1944 zeigte er seine seelsorgerische Berufung, indem er die Gläubigen mehrfach ermahnte, sich nicht an der Ermordung der jüdischen Bevölkerung zu beteiligen. Er verurteilte auch die Ermordung von Zivilisten im polnisch-ukrainischen Konflikt, und dank seines persönlichen Einsatzes wurden mindestens 150 galizische Juden gerettet, was ihm eine herausragende Stellung unter den hohen katholischen Würdenträgern im besetzten Europa sichert.

- Angesichts der Machtübernahme durch den gemeinsamen Feind, die Kommunisten, kam es auf dem Gebiet des heutigen Polens zwischen den polnischen Widerstandsorganisationen AK sowie später

der Vereinigung „WiN“ und der ukrainischen OUN und UPA zu wiederholten Nichtangriffsvereinbarungen und zu begrenzter Zusammenarbeit.

- Von den Widerstandsgruppen des polnischen Nationalen Lagers wurden diese Vereinbarungen nicht respektiert und es kam zur Ermordung der Bevölkerung ukrainischer Dörfer durch polnische Partisaneneinheiten. In einzelnen Fällen, besonders bei der Tötung von fast 200 Ukrainern in Wierzowiny durch eine Abteilung der Nationalen Streitkräfte (Narodowe Siły Zbrojne), sollte man vielleicht auch von Völkermordverbrechen sprechen.

- Der sogenannte Bevölkerungsaustausch zwischen Polen und der UdSSR 1944-1946 sowie die Aktion Weichsel 1947 hatten den Charakter ethnischer Säuberungen von gewaltigem Ausmaß.

- Die polnische Armee war im Winter 1946/47 stark genug, um die ukrainischen Partisaneneinheiten endgültig zu pazifizieren, aber die Regierung nutzte bedeutende Armeekräfte stattdessen zum Schutz ihrer Wahlkampagne und der anschließenden Wahlfälschung.

- Die Deportation der ukrainischen Bevölkerung im Rahmen der Aktion Weichsel im Frühjahr 1947 war keine Bedingung für die endgültige Vernichtung der UPA. Die polnischen Behörden strebten vielmehr den Aufbau eines ethnisch homogenen kommunistischen Staates an. Die Aktion war für den Herbst 1947 geplant, wurde jedoch beschleunigt, um propagandistisch auszunutzen, dass zufällig am 28. März 1947 General Karol Świerczewski bei einem Gefecht mit der UPA gefallen war. Die Vertreibung der ukrainischen Bevölkerung und ihre Zerstreuung im westlichen Polen war ganz sicher ein kommunistisches Verbrechen, aber eventuell sollte man es auch als Ethnozid betrachten, das heißt als ein Vorgehen, das die Auslöschung der Besonderheit einer Gruppe nicht durch physische Vernichtung ihrer Mitglieder, sondern durch Zerstörung ihrer Kultur anstrebt. Um zu klären, inwieweit eine solche Klassifizierung zutrifft, sind jedoch noch detaillierte Untersuchungen nötig.

- Die Gesamtzahl der Verluste an Menschenleben im ganzen Konflikt von 1943 bis 1947 umfasst fast 100.000 Polen und bewegt sich im Bereich von 10.000 bis 15.000 Ukrainern. Die damalige Zwangs-

umsiedlungen betrafen fast 1,1 Millionen Polen sowie 630.000 Ukrainer und Lemken.

Es ist hier nicht möglich, vollständig darzustellen, wie Motyka die Verwendung der Begriffe von ethnischer Säuberung und Völkermord hinsichtlich der einzelnen Verbrechen rechtfertigt. Im Übrigen handelt es sich seiner Meinung nach auch nicht um Begriffe, die sich gegenseitig ausschließen oder die die einzigen sind, mit denen die Ereignisse charakterisiert werden können (adäquat seien in breiterem Kontext auch weiterhin Ausdrücke wie „brudermörderischer Bürgerkrieg“, „antipolnisches Vorgehen von OUN-UPA“ oder „polnisch-ukrainischer Konflikt“). Andeuten möchte ich hier nur, dass Motyka sich dafür ausspricht, sich bei den Begriffen Völkermord und ethnische Säuberung vor allem auf die Rechtsprechung der internationalen Strafgerichtshöfe zu beziehen, die sich auf die UN-Konventionen vom 9. Dezember 1948 zur Verhinderung und Bestrafung von Völkermordverbrechen berufen. Aus Motykas Sicht könnten sich Zweifel daran ergeben, dass die galizischen Massaker an Polen ein Völkermord waren, da sich die UPA zu Beginn ihres Vorgehens nicht deren vollständige Ermordung zum Ziel gesetzt hatte (die Vernichtung eines Teils von ihnen sollte vielmehr als Mittel zu ihrer Vertreibung „hinter den San“ dienen). Motyka löst das Problem unter Berufung auf den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien hinsichtlich der serbischen Verbrechen an den Muslimen in Srebrenica 1995. Dieser urteilte, dass für die Einordnung eines Verbrechens als Völkermord nicht dessen Skala – ein ganzes Land, eine Region oder ein einzelner Ort – ausschlaggebend sei, sondern der Plan, die Vernichtung einer nationalen, ethnischen oder religiösen Gruppe auf einem bestimmten Gebiet herbeizuführen. Zu Fällen der Ermordung aller Einwohner bestimmter Dörfer kam es in Galizien aber ohne Zweifel (zum Beispiel in Podkamień).

Ebenso interessant ist die Parallele, die Motyka zwischen dem Massaker an Polen in Wolhynien 1943 und dem Völkermord an den Tutsi durch die Hutu in Ruanda 1994 zieht.<sup>6</sup> Die Überlegungen des Autors sollten nicht nur diejenigen interessieren, die irgendeine Verbindung zu Opfern des polnisch-ukrainischen Konfliktes haben, sondern auch alle, die die größten Probleme der Geschichte des 20. Jahrhunderts besser verstehen wollen.

---

<sup>6</sup> Motyka, *Od rzezi wołyńskiej*, S. 446-453.

Hinsichtlich der Frage nach der Schuld für die Jahre 1943-1945 ist die abschließende Botschaft des Buches eindeutig, und sie ist in dieser Passage zusammengefasst:

*Auf ukrainischer Seite haben wir es demnach mit einer von oben gesteuerten „Säuberungsoperation“ des Gebietes von einer unerwünschten nationalen Gruppe zu tun, auf polnischer hingegen mit Initiativen lokaler Kommandeure, die unterschiedlich motiviert waren (häufig einfach durch den Wunsch, blindwütig Rache zu üben). Anders gesagt: bei der ukrainischen Seite ist das ganze antipolnische Vorgehen als Völkermord einzuordnen, bei der polnischen gilt dies für einzelne Pazifizierungsaktionen.<sup>7</sup>*

In den Jahren 1945-1947 erlitten hingegen die Ukrainer entschieden mehr Opfer. Wenn die Aktion Weichsel als Ethnozid betrachtet werden kann, dann aufgrund der Bestrebungen, die Identifikation mit der ukrainischen Nationalität in Polen zu vernichten, nicht aufgrund der Ermordung von Mitgliedern einer fremden Nation durch die dominierende wegen deren abweichender Identität.

Es ist heute schwer abzusehen, ob diese Bewertung irgendeinen Einfluss auf die Hüter der Erinnerung zu beiden Seiten des Bugs haben wird, denen das Wort „Völkermord“ immer leicht über die Lippen geht, wenn sie es mit irgendwelchen Repressionen gegen Mitglieder der eigenen Nation zu tun haben. In den letzten zwei bis drei Jahren war die Erinnerungspolitik der Regierungen, der Opposition und der die Debatte bestimmenden kulturellen Milieus mehr auf eine Konsolidierung nach innen ausgerichtet, als dass an einer beide Seiten annähernden Betrachtungsweise der für beide Nationen wichtigen Ereignisse gearbeitet worden wäre. In der Praxis bedeutet das, dass der polnisch-ukrainische Konflikt entweder als eher unwichtig für den gegenwärtigen Stand der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen betrachtet wird und/oder die Identitätspolitik auf Symbole gestützt wird, die sich auf andere historische Erfahrungen beziehen (so die Partei Platforma Obywatelska in Polen, aber auch die Allukrainische Vereinigung „Vaterland“ sowie die Partei der Regionen in der Ukraine) oder von der anderen Seite die Übernahme der gesamten Schuld und Bitten um Verzeihung gefordert werden (so die national gesinnten an den ehemaligen östlichen Grenzgebieten interessierten Kreise in Polen) oder schließlich die Symbole von OUN und UPA zur Fundierung

<sup>7</sup> Ebd., S. 455.

und Verbreitung nationaler Geschichtsmythologie genutzt werden, ohne Rücksicht auf die humanistischen Werte, die sich in Europa durchgesetzt haben, und auf die Empfindlichkeit der polnischen öffentlichen Meinung zu nehmen (so die Partei „Svoboda“ und in seiner zweiten Amtszeit Präsident Juschtschenko). Keine dieser Strategien führt zu einer „Abrüstung“ der konfliktträchtigen Erinnerungen, die – wie die zu Beginn zitierten Umfrageergebnisse zeigen – heute nicht nur von den Konfliktbeteiligten geteilt werden, sondern auch von den nächsten Generationen.

Stärker ausgeprägt als vor 10 Jahren scheinen auch die Unterschiede zwischen den Sichtweisen zu sein, die in der polnischen beziehungsweise ukrainischen historischen Forschung zum Konflikt zwischen 1943 und 1945 vorherrschen. Dabei ist nicht ganz klar, ob man davon sprechen sollte, dass die Unterschiede erhalten geblieben sind (die Arbeit an einem gemeinsamen Standpunkt wurde schließlich in den 1990er Jahren nicht zu Ende geführt), oder eher davon, dass sie sich vertieft haben. Wohl eher unwahrscheinlich ist auf alle Fälle eine Rückkehr zu dem Klima zwar nicht einfacher, aber fruchtbarer Diskussionen zwischen der polnischen und der ukrainischen historischen Forschung, wie es in der Veranstaltungsreihe „Polska – Ukraina. Trudne pytania“ [Polen – Ukraine. Schwierige Fragen] herrschte, die von der Weltweiten Vereinigung ehemaliger Soldaten der Heimatarmee (Światowy Związek Żołnierzy AK) sowie der Vereinigung der Ukrainer in Polen (Ob’jednannja ukrajinciv u Pol’šči) organisiert wurde.<sup>8</sup>

So enthält die zuletzt erschienene Arbeit von Ihor Il’jušyn<sup>9</sup>, einem Historiker, der mehr als zehn Jahre seines Forscherlebens diesem Thema gewidmet hat und wie Motyka 2009 mit dem Orden des Komitees für polnisch-ukrainische Aussöhnung ausgezeichnet wurde, einige von Motykas Sichtweise abweichende Aussagen. Die beiden wichtigsten seien hier genannt. Die erste betrifft die Chronologie der Ereignisse und die darauf aufbauenden Ursache-Wirkung-Erklärungen, die zweite die bei der Beschreibung verschiedener Handlungen der Konfliktparteien verwendete Begrifflichkeit. Il’jušyn bleibt dabei, das antipolnische Vorgehen der

<sup>8</sup> Vgl. *Polska – Ukraina. Trudne pytania*, hg. v. Romuald Niedzielko, 11 Bde., Warszawa 1997-2006.

<sup>9</sup> Ihor Il’jušyn, *Ukraiïns’ka povstans’ka armija i Armija Krajova. Protystojannja v Zachidnij Ukraïni (1939-1945 rr.)*, Kyïv 2009; pl. Ausg.: *UPA i AK. Konflikt w Zachodniej Ukrainie (1939-1945)*, Warszawa 2009.

UPA 1943 in Wolhynien sei von polnischer Seite provoziert worden durch Repressionen der Heimatarmee und Bauernbataillone gegen die ukrainische Bevölkerung des Lubliner Landes sowie durch die in den Jahren 1942-1943 zunehmende Einbindung der polnischen Bevölkerung Wolhyniens in die Tätigkeit der Verwaltungsbehörden und der deutschen Polizei. Die Zusammenarbeit von Polen mit den Besatzern erklärt Il'jušyn mit deren Bestreben, sich vor dem Kampf mit der UdSSR und der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung eine privilegierte, für die Zugehörigkeit der Provinz zu einem zukünftigen Nachkriegspolen entscheidende Position zu sichern, sowie mit individuellen Motiven, den Krieg zu überstehen.<sup>10</sup> Auch in der Chronologie des Konfliktes bei Motyka werden diese Tatsachen erwähnt, aber nicht in solchem Ausmaß und vor allem werden sie zeitlich nicht vor dem Beginn der Vernichtungsaktion der UPA in Wolhynien verortet. Der polnische Historiker verdeutlicht, wie die damalige Führung der UPA-Nord, ein bedeutender Teil der ukrainischen Bevölkerung dieser Gegend sowie infolgedessen bis heute ein Teil der ukrainischen öffentlichen Meinung kollektiv der Einbildung erlegen seien, dass bestimmte polnische Handlungen vor allem gegen die ukrainische Bevölkerung gerichtet gewesen seien und ein solches Ausmaß angenommen hätten, dass die einzige adäquate Antwort eine massive ukrainische Vergeltungsaktion gewesen sei, zu der es dann im Februar 1943 in Wolhynien gekommen sei.<sup>11</sup>

Die Interpretation des ukrainischen Historikers – der an anderer Stelle sehr kritisch gegenüber den politischen Konzeptionen der OUN ist – basiert auf der Überzeugung, dass in dem besagten Gebiet ein polnisch-ukrainischer Konflikt ausgetragen wurde, in dem beide Seiten schreckliche Verbrechen begingen. Dies bedeutet im Kern, dass die Ziele und das Vorgehen von Polen und Ukrainern gleichgesetzt werden.

Auf begrifflicher Ebene zeigen sich Unterschiede zwischen den beiden Historikern. Zwar gesteht Il'jušyn zu, dass es das Ziel der ukrainischen Seite gewesen sei, Wolhynien von der polnischen Bevölkerung zu „säubern“<sup>12</sup>, und er erspart seiner Leserschaft auch nicht die Information über das Ausmaß der Massaker an der Zivil-

<sup>10</sup> Il'jušyn, *Ukraiïns'ka povstans'ka armija*, S. 225-237.

<sup>11</sup> Motyka, *Od rzezi wołyńskieij*, S. 285-288.

<sup>12</sup> Il'jušyn, *Ukraiïns'ka povstans'ka armija*, S. 243.

bevölkerung, aber er unternimmt nur einen oberflächlichen Versuch, dieses Vorgehen rechtlich einzuordnen. Er erläutert, dass die Methoden des Kampfes gegen die polnischen Bestrebungen, Wolhynien in einem polnischen Staat zu behalten, die von OUN und UPA nach dem Prinzip der Kollektivschuld gegen die polnische Zivilbevölkerung, besonders gegen Alte, Frauen und Kinder, eingesetzt wurden, auf keinerlei Weise gerechtfertigt werden könnten. Sie widersprächen sämtlichen internationalen Rechtsabkommen zur Form der Kriegsführung, und in der Nachkriegszeit seien vergleichbare Vorgehensweisen entsprechend dieser Abkommen als „verbrecherisch“ bezeichnet worden. Im Übrigen würden die antiukrainischen Aktionen polnischer Militäreinheiten, die zu Opfern unter der ukrainischen Zivilbevölkerung geführt hätten, dieselbe eindeutige Verurteilung verlangen.<sup>13</sup>

Dem Verfasser dieser Bewertung können gute Intentionen kaum abgesprochen werden, aber es bleibt dennoch der Eindruck bestehen, dass beide Historiker von unterschiedlichen Ereignissen sprechen. Da Il’jušyn zur Beschreibung der Verbrechen beider Konfliktparteien nicht die Begriffe ethnische Säuberung und Völkermord verwendet, sondern sich allein auf die allgemeinen Grundsätze der Kriegsführung (gemäß der Genfer Konvention) bezieht, entsteht zwischen ihm und dem polnischen Historiker eine grundsätzliche Differenz. Wenn das bereits bei diesen zwei Forschern der Fall ist, um wie viel größer muss sie dann zwischen Historikern sein, die bei der Bewertung der Schuld von miteinander im Konflikt liegenden Nationen nach dem Prinzip von „zweierlei Standards“ verfahren, oder zwischen Vertretern derjenigen Kreise, die das Gedenken an die Ereignisse aus der Mitte des 20. Jahrhunderts pflegen. Ein Fortschritt bei der Annäherung der Sichtweisen auf den ukrainisch-polnischen Konflikt ist derzeit kaum zu erwarten. Das bedeutet nicht, dass man auf Bemühungen verzichten sollte, ihn dennoch zu bewirken. Aber man muss sich klar machen, dass ein Wandel im kollektiven Gedächtnis nicht denkbar ist, wenn nicht zuvor in der Geschichtsschreibung mutige Schritte auf diesem Gebiet unternommen wurden.

Abschließend sei noch auf einen weiteren Vorzug des besprochenen Buches von Motyka hingewiesen. Mit der erzählenden Darstellung hat der Autor versucht, eine Möglichkeit zu finden, sowohl die

<sup>13</sup> Ebd., S. 381 f.



Vorzüge des historischen und juristischen Diskurses beizubehalten als auch die Sprache, mit der die Teilnehmer des Konfliktes selbst ihr Erleben schildern. Das ist ihm in hohem Maße gelungen. Die große Zahl von Zitaten aus Quellen bewirkt, dass das Buch sowohl aus der Perspektive eines Zeugen als auch aus der eines außenstehenden Beobachters geschrieben ist. Der Autor verbindet dabei ein gewisses Maß an Empathie – vor allem gegenüber dem tragischen Schicksal der Opfer, aber auch gegenüber Versuchen von verschiedenen am Konflikt Beteiligten, den eigenen ideellen Überzeugungen oder auch ethischen Prinzipien treu zu bleiben – mit der Fähigkeit zu unparteiischer Analyse der Fakten und zu einem präzisen Urteil, bei dem gerade Emotionen fehl am Platze sind. Ich glaube, dass dieses Buch dazu beitragen kann, in Polen eine Brücke zu bauen zwischen der leidenschaftslosen akademische Sprache der Historiografie und einer Art Miterleben der Vergangenheit durch Zeitzeugen und auch durch andere Leute, deren Wissen über die Vergangenheit hauptsächlich auf mündlicher Überlieferung und populärwissenschaftlichen Darstellungen beruht. Es bleibt die Frage: Kann das Buch eine solche Rolle auch in der Ukraine spielen? Wäre vielleicht in der ukrainischen Geschichtswissenschaft jemand bereit und in der Lage, ein vergleichbares Buch zu schreiben? Die Anzahl der Quellen, die von an den Ereignisse beteiligten Zivilisten stammen und von denen in der Ukraine nicht viel weniger publiziert wurden als in Polen, steht dem jedenfalls nicht entgegen. Die Nutzung solcher Quellen, zumal auch noch viele ukrainische Zeitzeugen am Leben sind, hängt vor allem von der weiteren Arbeit der dortigen Forschung ab.

*Aus dem Polnischen von Karsten Holste*